

Antrag

der Abgeordneten Austermann, Spilker, Niegel, Kraus, Hinsken, Bayha, Börnsen (Bönstrup), Bohlsen, Brunner, Carstensen (Nordstrand), Dr. Czaja, Dewitz, Doss, Eigen, Eylmann, Dr. Friedrich, Fuchtel, Ganz (St. Wendel), Gerstein, Glos, Harries, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Hennig, Herkenrath, Hornung, Jäger, Dr. Kappes, Keller, Kolb, Kossendey, Dr. Langner, Dr. Lippold (Offenbach), Louven, Dr. Möller, Dr. Müller, Dr. Olderog, Petersen, Pfeffermann, Regenspurger, Roth (Gießen), Sauer (Salzgitter), Sauter (Epfendorf), Schemken, Schmitz (Baesweiler), von Schmude, Dr. Schroeder (Freiburg), Schwarz, Dr. Schwörer, Seesing, Strube, Susset, Tillmann, Dr. Uelhoff, Dr. Unland, Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Warrikoff, Würzbach, Zierer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Bredehorn, Frau Folz-Steinacker, Heinrich, Paintner, Timm, Zirkler und der Fraktion der FDP

Hilfen für die Landwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Zum Ausgleich des dramatischen Preisverfalls und der daraus herrührenden existentiellen Bedrohung für die deutschen Bauern sowie im Hinblick auf die laufenden EG-Verhandlungen werden bis zu einer erfolgten Neuorientierung der EG-Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Zum Ausgleich für landschaftspflegerische Leistungen sind Beihilfen an die deutschen Bauern vorzusehen.
- Die Mitverantwortungsabgabe ist auf EG-Ebene, gegebenenfalls durch Einschaltung der Regierungsschefs, abzuschaffen.
- Einkommensmindernde internationale Entscheidungen infolge des GATT-Abkommens sind durch EG-Hilfen auszugleichen. Soweit dies nicht möglich ist, sind die Entscheidungen durch nationale Maßnahmen, die auch andere Ausgleichsmaßnahmen (z. B. MVA-Ausgleich) enthalten, abzufedern.

Bonn, den 22. November 1990

Austermann	Regenspürger
Spilker	Roth (Gießen)
Niegel	Sauer (Salzgitter)
Kraus	Sauter (Epfendorf)
Hinsken	Schemken
Bayha	Schmitz (Baesweiler)
Börnsen (Bönstrup)	von Schmude
Bohlson	Dr. Schroeder (Freiburg)
Brunner	Schwarz
Carstensen (Nordstrand)	Dr. Schwörer
Dr. Czaja	Seesing
Dewitz	Strube
Doss	Susset
Eigen	Tillmann
Eylmann	Dr. Uelhoff
Dr. Friedrich	Dr. Unland
Fuchtel	Graf von Waldburg-Zeil
Ganz (St. Wendel)	Dr. Warrikoff
Gerstein	Würzbach
Glos	Zierer
Harries	Barthel
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	Böhm (Melsungen)
Dr. Hennig	Haschke
Herkenrath	Hoenicke
Hornung	Jung (Limburg)
Jäger	Magin
Dr. Kappes	Dr. Paar
Keller	Wonneberger
Kolb	Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion
Kossendey	
Dr. Langner	Bredehorn
Dr. Lippold (Offenbach)	Frau Folz-Steinacker
Louven	Heinrich
Dr. Möller	Paintner
Dr. Müller	Timm
Dr. Olderog	Zirkler
Petersen	Mischnick und Fraktion
Pfeffermann	

Begründung

Die besondere Entwicklung der letzten Monate mit drastischen Preiseinbrüchen, die zu erheblichen Verlusten und zu Existenzbedrohung für viele bäuerliche Familienbetriebe geführt haben, machen dringend erforderlich, über zusätzliche Hilfen zu entscheiden. Dabei ist zunächst davon auszugehen, daß im Rahmen der GATT-Verhandlungen Entscheidungen zugunsten der Bauern auf EG-Ebene erforderlich sind. Insbesondere sind längst nicht mehr gerechtfertigte Abgaben für die deutschen Bauern zu streichen.

Die Bauern in der Bundesrepublik Deutschland haben in den vergangenen Jahren durch Rückführung der Produktionsflächen für Getreide (Extensivierung, Flächenstillegung, Produktionsauf-

gabe, Gewässerrandstreifen-Programm) und Quotenkürzungen bei der Milcherzeugung in hohem Maße Verantwortung für eine Begrenzung der Produktion bewiesen. Der Deutsche Bundestag hat deshalb durch EntschlieÙung vom 25. Februar 1990 die Bundesregierung aufgefordert, auf EG-Ebene eine Abschaffung der MVA durchzusetzen. Diese EntschlieÙung muß jetzt mit ganzem Nachdruck durch die Bundesregierung in Brüssel durchgesetzt werden.

Sollten europaweite Entscheidungen, welche die Existenzbedrohung von den deutschen Betrieben abwehren, nicht möglich sein, muß die Allgemeinheit denen helfen, die durch ihre Arbeit den niedrigsten Anteil der Nahrungsmittelkosten an den Lebenshaltungskosten seit 1949 garantieren.

